Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten beschlossen haben sollte, diese durchweg metzlichen „unabhängigen Regierungen" anzuerkennen, ist völlig unglaublich. Zweitens: selbst wenn solche „Regierungen" bestünden, wäre es dem Verband durch den Friedensvertrag untersagt, mit ihnen an Stelle der deutschen Zentralregierung in Verhandlung zu treten. Denn Artikel 5 des Uebereinkommens über die Verwaltung des Rheingebiets, welches Bestimmungen einen Teil des Gesamtvertrages bildet, besagt ausdrücklich, daß die Zivilverwaltung im besetzten Gebiet unter der Autorität der deutschen Zentralregierung weiter funktionieren soll. Wie ist es also möglich, daß ein halbamtliches Organ wie der „Temps" einen derartigen Bericht verbreitet?" — Sowohl der „Guardian", trotzdem ist Dr. Dorten von Wiesbaden nach Paris gereist! und trotzdem unterstützt General Mangin von Mainz aus die Hochverräter! Was gedenkt demgegenüber die deutsche Regierung zu tun?

Deutsch-Oesterreich.

Die Entente kennt nur ein „Oesterreich". Der Oberste Rat der Alliierten hat beschlossen, aus dem Friedensvertrag die Bezeichnung „Deutschösterreich" zu entfernen und von nun ab nur noch von der österreichischen Republik zu sprechen.

Ungarn.

Strafverfahren gegen Bela Kun. Die Budapester Staatsanwaltschaft hat gegen Bela Kun und Genossen ein Strafverfahren wegen des Verbrechens der Aufreizung zum Morde und zur Geldfälschung sowie zu anderen strafbaren Handlungen eingeleitet und einen Steckbrief gegen ihn erlassen.

Belgien.

Die Bestrafung der „Schuldigen." Im Senat beantwortete Justizminister Vandervelde eine Interpellation über die Bestrafung von Schuldigen, deren Auslieferung von Deutschland verlangt werden soll. Vandervelde sagte, demnächst werde in Paris eine Vereinigung von Delegierten der alliierten Staaten stattfinden, die die Akten zu prüfen hätte und die Art des Vorgehens festsetzen würde. Alle großen Schuldigen würden verfolgt werden.

Italien.

Die Verständigung mit Griechenland. Wie „Secolo" aus Paris erfährt, soll die griechisch-italienische Verständigung vollendete Tatsache und von großer Bedeutung für die beiden Mittelmeerländer sein.

Rußland.

Die Niederlage Koltschaks. Das Pressebüro Radio meldet aus Washington, daß Koltschaks Truppen bereits ungefähr 200 Meilen zurückgewichen seien. Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß Omsk fällt und daß die Bolschewisten dadurch die Kontrolle über Sibirien bekommen.

Bolschewistische Offensive gegen Estland. Laut „Allg. Handelsbl." meldet die „Times" aus Reval, daß die Bolschewisten der estländischen Regierung ein Ultimatum überreicht haben, in dem sie zur Zurücknahme des estländischen Heeres innerhalb 48 Stunden hinter die Grenzen Estlands aufgefordert wird. Die Bolschewisten verbürgen die Unverletzlichkeit des estländischen Gebietes, wenn ihrer Forderung stattgegeben wird. Die estländische Regierung hat auf das Ultimatum geantwortet, daß sie selbst darüber entscheidet, welche Befehle ihren Truppen gegeben werden müßten. Die Bolschewisten überschritten hierauf den Luga-Fluß. Ein russisches Regiment, das vom Süden her vorrückte, schlug den Angriff der Bolschewisten ab. Diese haben zu gleicher Zeit eine Offensive gegen Pleskau begonnen.

England.

Die Frage der direkten Aktion der Arbeiter. Der „Nieuwe Rotterd. Courrant" meldet aus London, daß die ersten Ergebnisse der unter den Mitgliedern des Arbeiterdreibundes über die Frage der direkten Aktion vorgenommenen Abstimmung eine große Mehrheit gegen die direkte Aktion ergeben haben. Dies ist von um so größerer Bedeutung, als die bisher gegen die direkte Aktion abgegebenen Stimmen von den Bergarbeitern herrühren. Man ist der Ansicht, daß die Haltung der Eisenbahnarbeiter durch den Widerstand ihres Führers J. H. Thomas gegen die direkte Aktion schwer beeinflußt werden wird.

Amerika.

Der Völkerbundsvertrag. Das Pressebüro Radio meldet aus Washington, daß auf Ersuchen des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten Präsident Wilson dem Ausschuß den Originalentwurf für den Völkerbundsvertrag, wie er der Friedenskonferenz unterbreitet wurde, übersandt hat. Die amerikanischen Blätter ziehen Vergleiche zwischen dem amerikanischen Entwurf des Völkerbundes und dem Entwurf, der augenblicklich dem Senat vorliegt. Der amerikanische Entwurf enthält eine Klausel über die Freiheit der Meere und sieht eine Untersuchung über die Durchführbarkeit der militärischen Dienstpflicht vor. Die Blätter weisen darauf hin, daß der amerikanische Entwurf die Monroelehre nicht erwähnt und auch keine Bestimmungen über einen Austritt aus dem Bunde enthält. Reuter meldet aus Washington, daß der Führer der Mehrheit und Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten Senator Lodge im Senat in einer langen Rede den Völkerbund ein absichtlich entstelltes Experiment nannte. Er erklärte, der Völkerbundsvertrag müsse besonders, was die Art. 10 und 15 anbelange, geändert werden, bevor er ratifiziert wird.

Wilson zur Schantungfrage. Der „Nieuwe Courrant" meldet, daß in den Vereinigten Staaten Wilsons Erklärung über die Schantungfrage als höfliche aber bestimmte Erklärung angesehen wird, daß er keinerlei zwischen China und Japan getroffene Sonderabkommen anerkennen und darauf bestehen werde, daß Japan seinem Versprechen, Schantung zu räumen, strikte nachkommt.

Lansing über die 14 Punkte. Lansing hat vor dem Senatsausschuß zugeben müssen, daß die 14 Punkte Wilsons Schiffbruch erlitten haben und der Kaiser nach seiner Meinung nicht vor Gericht gestellt werden könnte.

Einladungen zur internationalen Arbeiterkonferenz. Nach einer Meldung aus Washington hat Wilson Einladungen zur internationalen Arbeiterkonferenz, die der Friedensvertrag vorsieht, für Ende Oktober ergehen lassen.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 14. August 1919.

—* **Lebensmittelverteilung.** Vom 15. laufenden Monats ab kommen laut Bekanntmachung in gestriger Nummer dieses Blattes auf Abschnitt 87 der grünen und roten Nährmittelkarte I Pann, Keks oder Zwieback und Reis, auf Abschnitt 87 der grauen und gelben Nährmittelkarte I Haferflocken oder Graupen und Kartoffelstärkemehl, sowie auf Abschnitt 81 der gelben Warenbezugskarte III Kunsthonig zur Verteilung.

— **Ende der Schulferien.** Morgen Freitag, den 15. August, beginnt mit Ende der Großen Ferien in den hiesigen Schulen wieder der Unterricht. Die großen Hundstagsferien des Jahres 1919 können in ihrem größten Teile nicht als „Sommer"-Ferien angesprochen werden, da sie im Zeichen des Regens und der Kühle standen.

*— **Verbandstag der Sächsischen Gastwirte.** Am zweiten Verhandlungstag berichtete Brauer (Dresden) über den Lohnkampf im Dresdner Gastwirtsgewerbe. In einer vom Verbandsvorstand dazu gefaßten Entschließung wird aufs Tiefste bedauert, daß die Angestellten sich zu so rücksichtslosen Forderungen haben hinreißen lassen. Zu der Frage: Wie stellt sich das Gastwirtsgewerbe zur freien Lebensmittelwirtschaft? hörte die Versammlung einen Vortrag des Leiters des Volksbundes für freie Wirtschaft in Chemnitz. In der angenommenen Entschließung wird gefordert, daß der freie Lebensmittelverkehr schnell und möglichst wieder eingeführt werden solle. Ein Beschluß des Verbandsvorstandes verwirft die Einführung einer Kriegsgetränkesteuer, verlangt vielmehr, daß mit den örtlichen Polizeibehörden eine Polizeistunde vereinbart wird. Zur Kontingentierung und zum Kundenschutz der Brauereien wird verlangt, daß nicht den Brauereien, sondern den Gastwirtschaften selbst das Kontingent zustehen muß. Der Kundenschutz der Brauereien ist als sittenwidrig zu betrachten und müsse aufgehoben werden. Durch das Reichsbiersteuergesetz ist das Gastwirtsgewerbe vollständig dem Großkapitalismus ausgeliefert worden, und eine Regierung, die sich sozial nenne, müsse hier eine Aenderung schaffen. Weitere Beratungsgegenstände bildeten die Frage der Gründung von Gastwirtskammern und die Zentralisierung der Hauptstadt im Gastwirtsgewerbe.

—* **Zur Beruhigung der Bevölkerung** wird vom Wirtschaftsministerium mitgeteilt, daß die Volksernährung jetzt noch in ihren wesentlichsten Teilen auf den Verbrauch bewirtschafteter Nahrungsmittel angewiesen ist. Diese werden von den Landesbehörden vollständig gleichmäßig auf die gesamte sächsische Bevölkerung verteilt. Wie die Landesbehörden kein Interesse daran haben können, einzelne Gegenden oder Bevölkerungsschichten in der Versorgung schlechter zu stellen, so können sie andererseits zu ihrem Bedauern auch nicht den Wünschen einzelner Gemeinden oder einzelner Klassen innerhalb solcher nach Sonderzuweisungen entsprechen. Eine derartige Bevorzugung würde zu einer ungerechten Verteilung der vorhandenen Lebensmittel führen, die verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen müßte. Die Regierung ist nach wie vor eifrigst bemüht, die Volksernährung so reichlich und billig wie möglich zu gestalten. Die Ernährung ist gegenüber dem Vorjahre wesentlich gebessert: Im Sommer 1918 3½ Pfd. Brot, jetzt 5 Pfund wöchentlich. Eine weitere Erhöhung der Brotration wird von den Reichsbehörden erwogen. Die Herabsetzung der Ausmahlung steht für den 1. Oktober zu erwarten. Die Versorgung mit Kartoffeln neuer Ernte hat eingesetzt; sie wird sich von Woche zu Woche bessern. Die Fettnormalration ist eben erst um die Hälfte erhöht worden. Die Sonderzuteilungen, die bisher in Auslandsfett gegeben worden sind, sind für die nächste Zeit in Höhe von 50 Gramm wöchentlich sichergestellt. Ebenso kann mit der Fortsetzung der Verteilungen amerikanischen Schweinefleisches bis auf weiteres gerechnet werden. Inländische Nährmittel sind in den letzten Monaten weit reichlicher als früher ausgegeben worden. Die Verteilung ausländischer Nährmittel (Hülsenfrüchte, Reis) hat ebenfalls eingesetzt. Dabei sind die ausländischen Lebensmittel unter dem erheblichen Kostenaufwand von 1½ Milliarden Mark von Reich, Staat und Gemeinde soweit verbilligt worden, als dies mit der trüben Finanzlage nur irgend vereinbar ist. Die Ernährungslage hat nach alledem gegenüber dem Vorjahre eine erhebliche Verbesserung erfahren. Weitere Verbesserungen sind möglich, wenn das Wirtschaftsleben ungestört seinen geordneten Gang weitergeht u. durch ununterbrochene Arbeit Werte geschaffen werden, die die Einfuhr und Bezahlung ausländischer Lebensmittel ermöglichen.

—* **Unbegründetes Gerücht.** Es war von verschiedenen Seiten das Gerücht verbreitet worden, daß auf der Insel Madagascar Deutsche in Gefangenschaft zurückgehalten würden und ihren Angehörigen nicht schreiben dürften. Das Nachweisebüro des Ministeriums für Militärwesen hat den Urheber dieses Gerüchts protokollarisch vernehmen lassen, wobei festgestellt wurde, daß seine Behauptungen jeder Begründung entbehren.

—* **Der Parteitag der sächsischen Unabhängigen** hat die Resolution des Landesvorstandes, nach der ein Zusammenarbeiten der Unabhängigen mit den Rechtssozialisten so lange als unmöglich erklärt wird, als nicht die Forderungen der Landesversammlung der Unabhängigen restlos von den Rechtssozialisten anerkannt werden, mit 38 gegen 19 Stimmen angenommen. Diese Forderungen der Unabhängigen wurden wie folgt formuliert: 1. Beseitigung des Belagerungszustandes und des Standrechtes, 2. Entlassung der in Schutzhaft befindlichen Personen, 3. Amnestie für die wegen politischer Vergehen Verurteilten und Inhaftierten, Niederschlagen aller Strafverfahren, die aus Anlaß des Belagerungszustandes eingeleitet sind, 4. Parität beider Gruppen in der Besetzung der Ministerstellen, 5. keine Vertreter bürgerlicher Parteien in Ministerien, 6. Entfernung aller Reichstruppen aus Sachsen, Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft, 7. gesetzliche Regelung der Funktionen der Arbeiterräte als Organe der Selbstverwaltung der Gemeinden und der Betriebsräte als Hilfsmittel der Vergesellschaftung der Produktion und des Warenaustausches, Zusammenfassung der Arbeiter- und Betriebsräte in einen Landesarbeiterrat, 8. planmäßige Vergesellschaftung der Wirtschaft nach sozialistischen Grundsätzen, die schleunigst begonnen und energisch fortgeführt werden muß, Ueberführung der wichtigsten Produktionsmittel und Betriebe der Industrie, Land- und Forstwirtschaft, des Handels und Verkehrs in Staatseigentum, 9. Verpflichtung der Regierung, im Sinne dieser Grundsätze auf die Reichsregierung einzuwirken.

—* **Zur angeblichen Vermögensverschiebung des ehemaligen Königs von Sachsen.** Aus der Staatskanzlei wird geschrieben: Der Generalbevollmächtigte des vormaligen Königs von Sachsen hat der Staatskanzlei berichtet, daß nach Mitteilung des vormaligen Königs an ihn die von der Presse verbreitete Nachricht, der vormalige König habe einen Teil seines Vermögens ins Ausland verschoben, vollständig unwahr sei. Auch der Chef der Vermögensverwaltung des vormaligen Königs habe ihm die völlige Unrichtigkeit der von der Presse verbreiteten Nachricht bestätigt. — Aus Kopenhagen wird gemeldet: Der Prinz zu Wied weilt zurzeit mit Familie in dem schwedischen Badeorte Bestad an der Westküste Schwedens. Am Sonntag empfing er den Besuch der Gräfin Wildenfels und des Dr. Stockhausen. Dieser veröffentlicht eine Erklärung, worin er sagt, daß er im Auftrage des Fürsten von Albanien gehandelt habe, welcher der Besitzer der Wertsachen sei, die aus dem Flugzeuge geworfen wurden.

—* **Zur Frage der Einwohnerwehren** versendet die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei Auslassungen, denen wir folgendes entnehmen: Wer einen Blick für Tatsachen hat und für die Entwicklung der Dinge auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete, muß anerkennen, daß die Bildung der Wehren eine zwingende Notwendigkeit ist und daß sie durch die Regierung in Sachsen so gehandhabt wird, daß reaktionäre und militärische Nebenziele einfach ausgeschlossen sind. Immer wieder muß betont werden, daß die Arbeiterschaft ganz das gleiche Interesse an der Erstarkung der Wehren hat, wie die Bürgerschaft. Aber bei den Arbeitern ist noch immer ein Rest Mißtrauen zurückgeblieben, bei den Bürgerlichen Gleichgültigkeit und Selbstsucht. Der einzige praktische Zweck der Einwohnerwehren ist, alle Kreise der Volksgenossen zu starkem Selbstschutz zu einigen, und das hat auch die ideale Wirkung, die so nötige Annäherung unseres von politischen Leidenschaften zerrissenen Volkes anzubahnen. Die Einwohnerwehr, auf dem Grundsatz der freien Beteiligung und des Zusammenschlusses aller aufgebaut, frei von Tagespolitik, frei von selbstsüchtigen Wirtschaftsinteressen, frei von Standesunterschieden, frei von Militarismus, nur dem demokratischen Schutz der Volksgemeinschaft dienend, sei das Ziel! Der Friedensvertrag zwingt Reichswehr und sonstige militärischen Machtmittel des Staates auf ein Maß zurück, das die innere Sicherheit des Landes nicht mehr gewährleisten kann. Eine genügende Vermehrung der Polizei würde finanziell das Land unerschwinglich belasten. Aber hilft nur der Selbstschutz von Recht und Staat durch eine entsprechende Einwohnerwehr, die keinerlei Militärmacht im früheren Sinne darstellt. Nochmals ergeht an alle Kreise des Volkes, an alle Behörden und Einzelne der Ruf, der Einwohnerwehr beizutreten, überall für sie zu werben und sie zu unterstützen.

X **Dresden.** Montag tagte im Gewerbehause eine öffentliche Versammlung des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, um zu dem mit den Arbeitgebern der Metallindustrie in der Kreishauptmannschaft Dresden vereinbarten Tarifvertrag Stellung zu nehmen. Nach längerer Aussprache wurde der Tarifvertrag einstimmig angenommen.

X **Pirna.** Infolge einer größeren Betriebsstörung erfuhr die Stromlieferung durch die hiesige Elbtalzentrale seit Montag nachmittag zeitweilige Unterbrechungen, bis sie schließlich am Dienstag vormittag ganz aussetzte, da in dem Ausbilfe leistenden Werke Hirschfelde bei Zittau die Arbeiterschaft wegen Teilnahme an einer Massenkundgebung in der Lebensmittelfrage streikte. Hierdurch wurde das gesamte hiesige Industriegebiet empfindlich in Mitleidenschaft gezogen. Auch die Lockwitztalbahn hatte bis zur anderweiten Stromzuführung unter Betriebsstockungen zu leiden. Erst gegen Abend konnte das Versorgungsgebiet zum Teil wieder mit elektrischem Strom beliefert werden.

* **Oberlungwitz.** An der Geflügelcholera sind einem hiesigen Geflügelhalter 30 Enten und 20 Hühner verendet, wodurch ihm ein Schaden von über 2000 M. erwachsen ist. — Bei dem Montag früh über unsere Gegend ziehenden Gewitter wurde auf der Erlbacher Straße ein mit zwei Pferden bespanntes Geschirr des Kohlenhändlers Bahner in dem Augenblick vom Blitz getroffen, als es sich unter zwei großen Linden befand. Während der Geschirrführer zur Seite geschleudert wurde und mit dem Schrecken davonkam, wurden die beiden wertvollen Tiere getötet.

)(**Chemnitz.** Gestern nachmittag wurden auf dem neuen Friedhofe die Leichen von 12 Zivilpersonen, die bei den Kämpfen am vorigen Freitag getötet wurden, feierlichst zu Grabe getragen. Die Fabriken hatten zum Zeichen der Trauer den Betrieb geschlossen. Die Arbeiterschaft versammelte sich auf dem Königsplatz und zog im Trauerzuge, in dem viele prächtige Blumenspenden mitgeführt wurden, zum Friedhof. Die Geschäfte hatten von 12 Uhr mittags bis 4 Uhr nachmittags geschlossen. Auf dem Friedhof hatten sich als Abgeordnete der Stadt Bürgermeister Arlart und mehrere Stadträte eingefunden. Die Gedächtnisrede hielt Pastor Hoffmann von der St. Paulikirche. Die 12 Särge wurden in miteinander verbundenen einzelnen Gruben beigesetzt. Die übrigen Opfer der Kämpfe sind auf Friedhöfen in der Umgebung von Chemnitz bereits vorgestern beigesetzt worden. Die Beerdigung der uns Leben gekommenen Reichswehrsoldaten erfolgt heute.

* **Meerane.** Eine Aufsehen erregende Verhaftung erfolgte hier dieser Tage auf Veranlassung des Revisors des Bezirksverbandes Glauchau. Nach einer Vernehmung vor dem Amtsgericht wurde durch die Kriminalpolizei der Innere Crimmitschauerstr. 12 wohnende Kaufmann und Hausbesitzer Flachsig verhaftet. Bei einer gleichzeitig vorgenommenen Haussuchung wurden die Geschäftsbücher, sowie zahlreiche vorgefundene Nahrungsmittel beschlagnahmt. Es soll sich um größere Schiebungen von Lebensmitteln, sowie um Schleichwaren-Geschäfte handeln. Die z. Z. noch schwebende Untersuchung dürfte das Nähere ergeben.

* **Colditz.** In der sogenannten Brünige, einem Gehölz, beobachteten Jäger einen Wilderer, der sich versteckte. Er wurde gestellt und mit Geschirr forttransportiert. Unterwegs sprang der Festgenommene, der Privatmann Anton Prüfer aus Zschetzsch, vom Wagen und tötete sich durch einen Schnitt in die Kehle. Die Leiche wurde nach Schönbach gebracht.

* **Leipzig.** Unter schweren Vergiftungserscheinungen nach Genuß von Kuchen, der mit Mandelöl zubereitet war, sind in einem in der Waldstraße gelegenen Haus 14 Personen erkrankt, von denen zwei bereits gestorben sind. Einige schweben noch in Lebensgefahr. — Bei einem Felddiebstahl wurde der Arbeiter Straube aus Stahmeln von dem den Feldschutz ausübenden Sohn des Gutsbesitzers Rauer betroffen und von diesem in der Notwehr erschossen.

* * *

)(**Görlitz.** Vorgestern abend wurde im 2. Obergeschoß des Hauses Salomonstraße 64 die Wirtschafterin des dort wohnenden Kaufmanns Huschke, die sich allein in der Wohnung befand, von einem jungen Burschen, vermutlich hinterrücks überfallen und durch Schläge mit einem Hammer oder harten Gegenstand auf den Kopf niedergeschlagen. Die Wirtschafterin wurde bewußtlos aufgefunden und nach dem Krankenhaus gebracht, wo sie alsbald verstarb. Der Täter, dem die Häuslichkeit bekannt war, hat über 2000 Mk. Bargeld geraubt. Er wurde in der Person des 17 Jahre alten Friedrich Kurnitzki aus Görlitz, eines Stiefsohnes eines hiesigen Schuhmachermeisters, ermittelt. Kurnitzki flüchtete nach der Tat auf einem gemieteten Kraftwagen nach Horka, wo seine Festnahme erfolgen sollte. Der Mörder setzte seiner Verhaftung Widerstand entgegen, bedrohte den Beamten mit dem Revolver, den er sich noch vorgestern abend nach der Tat in Görlitz gekauft hatte. Kurnitzki tötete sich schließlich selbst durch einen Schuß.

Sächsische Landeslotterie.

Verzeichnis der höheren Gewinne vom 13. August 1919.
(Ohne Gewähr.)

50000 M. auf Nr. 60602. **40000 M.** auf Nr. 1413. **10000 M.** auf Nr. 22865. **5000 M.** auf Nr. 19719. **3000 M.** auf Nr. 4630 5331 45563 59062 74720 76747 105596. **2000 M.** auf Nr. 3588 22099 78533 87978 108067. **1000 M.** auf Nr. 6943 14044 23329 28180 30184 39118 45730 48056 49082 50965 52976 55718 63845 79271 91612 92269 94490 108643. **500 M.** auf die Nr. 1838 2738 4743 5049 6269 6435 7944 11360 12041 14008 19400 22462 26948 27328 30531 31276 31085 35922 35598 39751 39410 40732 44968 45320 49661 51695 51228 52603 53859 53577 57046 60614 60944 64611 66265 70078 70921 72654 78237 79571 82198 82374 85663 99569 103485 104097 107068.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 14. August 1919.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

X **Berlin.** Nach einer im Amtsblatt der Eisenbahndirektion Posen erlassenen Verfügung ist die **Neueinstellung von Arbeitern nichtpolnischer Nationalität verboten.** Die Gewalthaber in Posen scheinen bei Erlaß ihrer lediglich gegen die Deutschen gerichteten Verfügung nicht daran gedacht zu haben, daß hunderttausende von polnischen Arbeitern im Deutschen Reich beschäftigt sind. Es wäre sehr zu bedauern, wenn die deutsche Regierung Repressalien ergreifen müßte.

Während die **Flotte Großbritanniens** bei Kriegsausbruch etwa zehnmal so groß war als die der Vereinigten Staaten, hat England jetzt 16½ Millionen Tonnen, während die Vereinigten Staaten 9⅞ Millionen Tonnen besitzen. Amerikas Tonnage ist um 6⅞ Millionen gestiegen, während die Tonnage Großbritanniens um 5 Millionen zurückgeblieben ist.

Angriff auf italienische Offiziere.

* **Berlin.** Ein peinlicher Vorfall, ähnlich dem des Sergeanten Blanbelm, ereignete sich gestern in den Abendstunden in der Straße Unter den Linden. Vier italienische